

Vorlage Nr. 82/2022		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Anerkennung eines 1,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Jugendberufsagentur des Schulamtes

A Problem

Mit der ersten Bund-Land-BA-Vereinbarung zu der Initiative Bildungsketten von 2017 wurden für die Freie Hansestadt Bremen bereits wichtige Weichen gestellt.

Instrumente und Angebote zur rechtzeitigen beruflichen Orientierung stehen in der Freien Hansestadt Bremen allen Schülerinnen und Schülern als fester Bestandteil der schulischen Entwicklung ab Jahrgangsstufe 7 zur Verfügung. In den letzten Jahren wurden diese Instrumente erprobt und weiterentwickelt, um junge Menschen beim Übergang in die Ausbildung zu unterstützen. Einige junge Menschen schaffen es dennoch nicht, sich für einen ausbildungs- oder berufsvorbereitenden Bildungsgang („schulisches Übergangssystem“) anzumelden.

In Abgrenzung zu bislang verfolgten Modellen sollen künftig zur Unterstützung der Entwicklung der Berufswahlkompetenz der jungen Menschen sogenannte „Transition Guides“ direkt an den berufsbildenden Schulen angesiedelt werden und von dort aus aktiv auf diejenigen zugehen, denen von den BO-Kräften der allgemeinbildenden Schulen bzw. von den Beraterinnen und Beratern der Jugendberufsagentur eine solche Begleitung empfohlen wird.

Das Ziel dieses Modellprojektes im Rahmen der Bund-Land-BA-Vereinbarung ist die Gestaltung eines gelingenden Übergangs aus dem allgemeinbildenden über das berufsbildende Schulsystem in eine Berufsausbildung.

Das Projekt wird modellhaft zunächst an vier, aufwachsend an acht der 20 berufsbildenden Schulen im Land Bremen, darunter mindestens an einer berufsbildenden Schule in Bremerhaven, durchgeführt werden.

Das Landesprogramm ist an die Laufzeit der Bund-Land-BA-Vereinbarung gebunden und endet am 31.12.2026.

Die Details ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Vorlage des Schulamtes (Vorlage Nr. IV - S 41/2022-1) vom 04.11.2022 für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur – Bereich Schule am 24.11.2022.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Finanzierung und des Beschlusses der Vorlage Nr. IV - S 41/2022-1 durch den Ausschuss für Schule und Kultur – Bereich Schule am 24.11.2022, die Anerkennung eines 1,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Jugendberufsagentur des Schulamtes (Entgeltgruppe S 11b TVöD (Entgeltordnung/VKA)), befristet bis zum 31.12.2026.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Auf Grundlage der Personalthauptkosten 2022 entstehen zusätzliche Kosten in Höhe von 73.353 € brutto/Jahr. Vorbehaltlich der Finanzierungszusage werden die Kosten in voller Höhe über das Landesprogramm „Transition Guides“ der Senatorin für Kinder und Bildung übernommen.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Die Magistratskanzlei wurde seitens des Schulamtes beteiligt.

Der Ausschuss für Schule und Kultur wird in seiner Sitzung am 24.11.2022 beteiligt.

Die Senatorin für Kinder und Bildung, Partner:innen der Jugendberufsagentur sowie Verbundpartner:innen der Initiative Bildungsketten wurden seitens des Schulamtes beteiligt.

Im Rahmen der Besetzung des anerkannten Bedarfes sind die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Finanzierung und des Beschlusses der Vorlage Nr. IV - S 41/2022-1 durch den Ausschuss für Schule und Kultur – Bereich Schule am 24.11.2022, die Anerkennung eines 1,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Jugendberufsagentur des Schulamtes (Entgeltgruppe S 11b TVöD (Entgeltordnung/VKA)), befristet bis zum 31.12.2026.

Zum Stellenplan 2024/2025 ist ein entsprechender Antrag zu stellen.

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Anlage 1: Vorlage IV-S-41/2022 Ausschuss für Schule und Kultur (Bereich Schule)

